

Frau Bundesministerin  
Dr.<sup>in</sup> Karin Kneissl  
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres  
Minoritenplatz 8  
1014 Wien

Wien, am 14. Mai 2019

- Tagung des Rats für Auswärtige Angelegenheiten (Entwicklung) in Brüssel

Sehr geehrte Frau Bundesministerin!

Anlässlich der Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (Entwicklung) am 16. Mai 2019 in Brüssel, wenden wir uns als entwicklungspolitischer Dachverband zivilgesellschaftlicher Organisationen an Sie und wollen Ihnen einige Anliegen zum Thema Nachhaltige Entwicklung und Agenda 2030 Implementierung übermitteln.

Auf Grund der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 ist es besonders wichtig über die vergangenen Ergebnisse und Leistungen Bilanz zu ziehen, um für die Zukunft Europas zu planen. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sollten daher ihr Engagement für die Implementierung der Agenda 2030 und ihrer 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung aufrecht erhalten und in diesem Sinne besonders die Rolle der EU als Vordenker und *Opinion Leader* verstärken und sich für den Multilateralismus einsetzen.

Als Dachverband für Entwicklung und Humanitäre Hilfe österreichischer Nichtregierungsorganisationen ist die AG Globale Verantwortung davon überzeugt, dass die EU in den nächsten fünf Jahren die internationale Entwicklungszusammenarbeit als einen zentralen und eigenständigen Politik- und Handlungsbereich priorisieren sollte. Der neue europäische Konsens über die Entwicklungspolitik (*European Consensus for Development*) zeigt wie sich europäische Werte im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung entgegen anderen aktuellen politischen Strömungen durchsetzen können. Nur wenn wir langfristige Ziele setzen und diese in den Mittelpunkt stellen, wird die EU fähig sein *global governance* und Multilateralismus zu unterstützen und in den Partnerregionen und –ländern ernsthafte und ehrliche Partnerschaften aufzubauen. Wir wünschen uns daher, dass Sie, Frau Bundesministerin, am 16. Mai am Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Entwicklung), ihre volle Unterstützung für eine starke internationale Entwicklungszusammenarbeit während

der nächsten Legislaturperiode aussprechen. In diesem Sinne, erachten wir es für wichtig, Sie auf die folgenden Punkte für die Umsetzung Nachhaltiger Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 und des *European Consensus for Development* hinzuweisen:

- **Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sollten die notwendigen finanziellen Mittel und Ressourcen sicherstellen, um Nachhaltige Entwicklung erfolgreich umsetzen zu können.** Um die Agenda 2030 und ihre 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung zu erreichen, braucht es ausreichende Finanzierung für Nachhaltige Entwicklung auf globaler Ebene. Auf Grund der bisher fehlenden Ressourcen, konnten erst wenige Fortschritte, unter anderem in der Zusammenarbeit im Steuerbereich, erzielt werden.
- **Besonders das neue Finanzierungsinstrument der EU innerhalb des geplanten MFF (2021-2027), das *Neighborhood, Development and International Cooperation (NDICI)*, sollte primär darauf abzielen Nachhaltige Entwicklung zu erreichen, Armut zu reduzieren und gegen Ungleichheiten vorzugehen, die zum Beispiel in den internationalen Rahmenbedingungen der UN Agenda 2030, dem Übereinkommen von Paris und in den Busan Partnership Prinzipien enthalten sind.** Außerdem ist es essentiell, ambitionierte Ziele, vorrangig in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz sowie Geschlechtergerechtigkeiten, im NDICI zu inkludieren, da diese kraftvolle Werkzeuge darstellen, um Investitionen zu steuern. Weiters sollte der European Fund for Sustainable Development plus (EFSD+) strenge und eindeutige Soziale- und Umweltstandards sowie Safeguards enthalten. Private Investitionen innerhalb des EFSD + Instruments sollten vorrangig lokalen Märkten, nachhaltiger Produktion und lokalen SMEs/MMEs zugutekommen und es sollte zu keiner Umlenkung von öffentlichen Mitteln kommen, d.h. finanzielle Mittel aus den Gesundheits- und Bildungsbereichen nicht in andere Bereiche umgelenkt werden.
- **Zentrale Prinzipien für Nachhaltige Entwicklung, wie zum Beispiel in der Agenda 2030, zielen darauf ab "niemanden zurück zu lassen" (*leave no one behind*) und Partnerstaaten bei der Erreichung ihrer eigenen Entwicklungsprioritäten und der Armutsbekämpfung zu unterstützen.** Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten daher in eine Analyse der Politikbereiche im Nexus Entwicklung-Migration-Sicherheit investieren und die Ergebnisse auf Basis von fairen und kohärenten Politiken auf lokaler Ebene umsetzen, welche in eine langfristige Vision von Nachhaltiger Entwicklung und der Umsetzung des Menschenrechtsansatzes integriert wird. Diese Analyse sollte vorrangig auf einem Multistakeholder Dialog aufbauen, welcher auch die Stimmen von besonders benachteiligten Menschen beinhalten sollte.
- **EU Programme der Entwicklungszusammenarbeit sollten auf lokale demokratische Prozesse sowie auf Eigenverantwortung und Selbstständigkeit der Drittstaaten aufgebaut werden, diese sollten lokal-organisiert sein und kurzfristige Aktivitäten in eine langfristige Vision einbinden.** Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollen den demokratischen Staatsbildungsprozess in der Sahelzone unterstützen, besonders durch die Unterstützung von unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) sollten die Einhaltung der Menschenrechte sowie der nachhaltigen Entwicklungsziele inkludieren und gleichzeitig Hand in Hand mit der Unterstützung des Prinzips des *Rule of Law* und offener, transparenter, rechenschaftspflichtiger lokalen Institutionen gehen. Daher ist es essentiell die Rolle von lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Monitoring der Umsetzung des migrationspolitischen Komplexes (*migration governance*) und Sicherheitsoperationen zu verstärken.

Die AG Globale Verantwortung und ihre 35 Mitgliedsorganisationen in Österreich zählen darauf, dass Sie, Frau Bundesministerin, unsere Anliegen unterstützen und dadurch zu einer gemeinsamen ambitionierten Umsetzung der EU Entwicklungspolitik beitragen können,

besonders im Hinblick auf Mittel zur Umsetzung und strategische Verbindungen zu anderen Politikbereichen im Sinne der Politikkohärenz (PSCD).

Bitte finden Sie anbei einen Brief des europäischen Verbands CONCORD, welcher die oben erwähnten Empfehlungen zu diesen Punkten erläutert.

Wir hoffen, dass Sie diese Anliegen beim Rat berücksichtigen können, freuen uns auf eine Rückmeldung und stehen gerne jederzeit für Nachfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Mag.<sup>a</sup> Annelies Vilim



Geschäftsführerin

AG Globale Verantwortung

**Beilagen:**

- CONCORD Brief vom 9. Mai 2019
- [Joint Synthesis Report – CONCORD responses to the stakeholder consultation](#)
- [The European Fund for Sustainable Development plus \(EFSD+\) in the MFF 2021-2027 Ten areas to consider in the NDICI Regulation](#)
- [Making the EU commitments a reality through smart programming](#)